

BN begrüßt Schutzgebietsinitiative des Landratsamtes Bamberg

Der BUND Naturschutz in Bayern (BN) begrüßt und unterstützt die aktuellen Pläne des Landratsamtes Bamberg einen 757 Hektar großen Staatswaldbereich durch einen Geschützten Landschaftsbestandteil als Naturwald zu schützen. „Wir sehen darin eine konsequente Umsetzung entsprechender Beschlüsse der Bundesregierung und des Kreistages des Landkreises Bamberg, deutlich mehr Staatswälder als nutzungsfreie Wälder zu schützen“, so Hubert Weiger, Vorsitzender des BN. Angesichts der immensen Defizite Bayerns bei den nutzungsfreien Waldschutzgebieten appelliert der BN an die Staatsregierung ihre Blockadehaltung aufzugeben und wie in der Rhön auch im oberfränkischen Steigerwald dem Bürgerwillen nach mehr Naturwäldern zu entsprechen. Der BN bittet das Umweltministerium die Schutzgebietspläne des Landratsamtes Bamberg zu unterstützen.

In Oberfranken sind nur 0,5 Prozent des öffentlichen Waldes als Naturwald dauerhaft geschützt. Das ist nur ein Zwanzigstel dessen, was die Bundesregierung als Ziel bis 2020 erreichen will: 10 Prozent der öffentlichen Wälder mit natürlicher Waldentwicklung. Als Bundeslandwirtschaftsminister hat Horst Seehofer 2007 diese Nationale Biodiversitätsstrategie mit beschlossen und die CSU-Landesgruppe hat am 07.07.2010 in einem fraktionsübergreifenden Beschluss des Bundestages deren konsequente Umsetzung gefordert. Erst am 18. Mai 2013 hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel nochmals ausdrücklich zu diesem zentralen Waldschutzziel bekannt.

„Wir sind verwundert über die Kritik an den Schutzgebietsplänen in Oberfranken von einzelnen Gemeinden und Waldbesitzvertretern aus den unterfränkischen Landkreisen Hassberge und Schweinfurt, weil diese ja überhaupt nicht betroffen sind“, so Ralf Straußberger, BN-Waldreferent. Die Kritik überrascht umso mehr als sie von denjenigen kommt, die die Nationalparkpläne immer als eine „Einmischung von außen“ bezeichnet und die sich einer offenen, konstruktiven Diskussion verweigert haben. Als nicht

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 13. November 2013

PM 108-13/LFG

Wald

PRESSEMITTEILUNG



betroffene Waldbesitzer oder Kommune „mischen“ sich diese nun aber selbst „ein“ und wollen dem Landratsamt Bamberg untersagen, Wälder im Landkreis Bamberg besser zu schützen.

Widersprüchlich sind auch die jüngsten Aussagen der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) in der Mainpost, sie „lehnen daher segregative Modelle, also die räumliche Trennung von Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen, und damit eine pauschale Flächenstilllegung ab“. Denn genau diese Trennung in nutzungsfreie Wälder und Wirtschaftsforsten wird im bayerischen Staatswald ja schon seit Jahrzehnten praktiziert: in den beiden bestehenden bayerischen Nationalparks und 159 Naturwaldwaldreservaten bereits seit den 70er Jahren. Erst jüngst wurde beschlossen, dass die BaySF sogar ca. 2.300 Hektar an Staatswäldern in der Rhön zusätzlich aus der Nutzung nehmen müssen, weil nur so das Biosphärenreservat Rhön erhalten werden konnte. Dies geschah allerdings nur, weil sich die Kommunen vor Ort einhellig für mehr Naturwälder ausgesprochen haben und die Staatsregierung durch einen Kabinettsbeschluss diesem Bürgerwillen entsprochen hat. Außerdem handelt es sich bei dem geplanten Geschützten Landschaftsbestandteil ja um kein pauschales Vorhaben, sondern um den fachlich begründeten Schutz eines genau umrissenen, ökologisch wertvollen Waldteils, der die beiden seit Jahrzehnten nutzungsfreien Naturwaldreservate Waldhaus und Brunnstube verbindet.

Nach Ansicht des BN entspricht das Vorgehen des Landratsamtes Bamberg unter seinem Landrat Dr. Günther Denzler einer konsequenten Umsetzung entsprechender eindeutiger Beschlüsse des Kreistages Bamberg und des Marktgemeinderates Ebrach. Mit über 90 Prozent Zustimmung haben sich die beiden oberfränkischen kommunalen Gremien dafür ausgesprochen, im nördlichen Steigerwald die Voraussetzungen für ein Weltnaturerbe zu schaffen. Eine der Voraussetzungen ist das Vorhandensein eines entsprechend großen Waldschutzgebiets. „Nachdem die Staatsregierung diesen eindeutigen Bürgerwillen im Landkreis Bamberg nicht zur Kenntnis nimmt und nicht entspricht, begrüßen wir es, dass Landrat Dr. Denzler nun das Heft in die Hand nimmt und selbst handelt, um diese Beschlüsse zu vollziehen“, so Weiger.

Für Rückfragen: Dr. Ralf Straußberger, BN-Waldreferent, 0911 / 81878-22

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 13. November 2013

PM 108-13/LFG

Wald